

# Die Hüttenarbeiteraussperrung in Sachsen

## Acht Stunden und nicht länger!

Die Metallarbeiter der Mitteldeutschen Stahlwerke in Gröditz hatten es abgelehnt, sich dem Schiedsspruch in der Hüttenindustrie, der den 8 bis 10-Stunden-Tag bei vollständiger Wiedereinführung der Sonntagsarbeit bringt, zu fügen. Nach 8 Stunden verließen sie die Betriebe. Ebenso forderten die Arbeiter der Lauchhammerwerke in Riesa die Durchführung des Achtstundentages. Der Schiedsspruch in der Sächsischen Hüttenindustrie bedeutet, daß z. B. die Arbeiter an den Martinäusen nur drei Sonntage im Jahre frei haben (Ostern, Pfingsten, Weihnachten). Da nur 60 Prozent des Lohnverlustes, der durch Arbeitszeitverkürzung entsteht, ausgeglichen wurde, bedeutet der Schiedsspruch eine Lohnentgleisung. Obendrein hat die Direktion das Recht, wenn es die „wirtschaftliche Notwendigkeit“ erfordert, die Arbeitszeit weiter zu verlängern. Unter dem Druck der Arbeitnehmer haben nunmehr die Gewerkschaftsführer erklärt, daß der Schiedsspruch ungesehlich sei, da er nicht den in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. Juli veriprochenen Achtstundentag bringt.

Die Arbeiter der Mitteldeutschen Stahlwerke haben vom DMB verlangt, daß er mit derselben Begründung auch die Metallarbeiter des Rheinlandes zum Kampf auffordert. Denn auch die Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe haben den Achtstundentag nicht erhalten. Für die Mehrheit dieser Arbeiter gilt die 57-Stunden-Woche. Die Vertreter des DMB erläuterten, daß im Ruhegebiet 284 000 Arbeiter in Bezug räumen, aber infolge des ungenügenden Organisationsverhältnisses nicht aufgesfordert werden könnten, nach 8 Stunden die Betriebe zu verlassen bzw. den Streik durchzuführen. Das ist eine bewußte Irreführung. Nachdem der Schiedsspruch in der Hüttenindustrie gefällt war und die Industriellen sogar die Durchführung dieses reaktionären Schiedsspruches sabotierten, haben die Arbeiter der Stahlwerke in Bochum erklärt, daß nach Durchbrechung des Schiedsspruches durch die Industriellen die Arbeiter erst recht keine Veranlassung haben, diesen Schiedsspruch einzuhalten. Nach 8 Stunden verließen sie die Betriebe und verlangten von der Bezirksleitung des DMB die Einbeziehung der anderen Metallbetriebe in den Kampf für die ursprünglichen Forderungen der Metallarbeiter: Achtstundentag, Lohnausgleich, 10 Pfennig Lohn erhöhung. Was geschah aber? Die Vertreter des DMB reisten nach Düsseldorf und handelten über die Forderungen der Metallarbeiter. Es ist eine Lüge, wenn die DMB-Bureaucratie erklärt, die Metallarbeiter wollen nicht kämpfen. Die Belegschaften der wichtigsten Metallbetriebe haben klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß — wenn der DMB ruft — der Kampf geschlossen aufgenommen wird. Der Kampf um den Achtstundentag in den Bochumer Stahlwerken hat bewiesen, daß auch die Unorganisierten restlos den Betrieb verlassen haben. Gerade durch den Kampf um den Achtstundentag, durch Ablehnung des reaktionären Schiedsspruches wäre es möglich gewesen, große Teile der Unorganisierten durch die Tat von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung zu überzeugen.

Die Direktion der Mitteldeutschen Stahlwerke hat den Kampf der Arbeiter für den Achtstundentag mit der Aussperrung von 8000 Arbeitern beantwortet. Die Sozialdemokraten wollen jetzt dieselbe Taktik anwenden wie in Bochum. Das zeigt eine Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Dohberr im Sächsischen Landtag am 19. Januar:

Dohberr richtet an das Arbeitsministerium die Frage, ob nicht ein Eingreifen der amtlichen Schlüchtungsstelle in diesem Kampf beabsichtigt ist, wie dies auch bei anderen Wirtschaftskämpfen zu verzeichnen gewesen ist. Es müßte dies aus allgemein rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen tun.

Auso daselbe Arbeitsministerium, das nichts anderes als ein Organ des Verbandes der Sächsischen Industriellen ist und das bisher den Metallindustriellen geholfen hat, den Achtstundentag zu verhindern, soll jetzt nach dem Wunsche der Sozialdemokraten eingreifen. Kein Wort von der Notwendigkeit der Organisierung des Kampfes, kein Wort von der Notwendigkeit der Einsetzung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel, kein Wort von der Notwendigkeit der Verbreiterung des Kampfes durch Einbeziehung der Metallarbeiter in der nordwestlichen Gruppe, die gegenwärtig unter den Bedingungen eines gleichen Schiedsspruches schufteten müssen.

Unterbindung von breiten Streikbewegungen, Gebete zum Arbeitsministerium, damit aus „wirtschaftlichen Gründen“ ein Schiedsspruch gefällt wird, das kennzeichnet die reformistische Niederlagenstrategie.

## Die Aussperrung in Freital

Wie uns aus Freital berichtet wird, ist es der Direktion der Gußstahlhütte nicht gelungen, auch nur einen einzigen Streikbrecher zu gewinnen. Die Rostlandsarbeiter, die von der Direktion in großer Umfang angefordert wurden, haben die Arbeit nicht angenommen, weil die Direktion nicht bereit war, der Forderung auf achtstündige Arbeitzeit Rechnung zu tragen. Die Direktion verlangte von den Rostlandsarbeitern nicht nur die Arbeitseinsatz nach dem Schiedsspruch, sondern nach der alten Regelung, nach der die Arbeiter 12 Stunden im Betrieb arbeiten sollen. Die Direktion geht jetzt dazu über, die Lehrlinge 10 Stunden arbeiten zu lassen. Die Angestellten haben blaue 10 Stunden bekommen und werden von der Direktion zu Streikbrecherarbeiten herangezogen. Die bisher als Arbeiter oder Vorarbeiter tätigen Oberlehrer des Stahlwerkes sind aus dem Arbeiter- ins Angestellensverhältnis übernommen worden um sie im Betrieb zu halten. Die aus Oberlehrern in den Gußstahlwerken beschäftigten Steinmauerer und Schmiede haben sich mit den Ausgepperten solidarisch erklärt und sind teils bereits gestern abgereist. Die Oberlehrer, auf die seitens der Direktion große Hoffnungen gelegt wurden, haben sich mit ihren tumpfenden Kollegen solidarisch erklärt. Für heute waren, wie uns mitgeteilt wird, Verhandlungen für die gesamte sächsische Hüttenindustrie vorgesehen. Die Verhandlungen sind aber abgebrochen worden. Unter der Arbeitshof des Gußstahlwerkes herrscht eine gute Kompromissstimmung. Am Freitag wird erneut eine große Streitversammlung zusammentreten.

## Der Streit der Kanalschiffer

Berlin, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Schlüchtungsverhandlungen im Konflikt der westdeutschen Kanalschiffer sind gescheitert. Die Unternehmer lehnten jedes Zugeständnis der Forderungen der Schiffer ab. Der Verhandlungsvorstand machte den Arbeiterverteilern als „Vermittlungsvorschlag“ unannehbare Zusagen in der Höhe und verlangte den Absturz auf sehr lange Zeit. Diese Forderungen wurden abgelehnt. Die Verhandlungen wurden bis auf weiteres vertagt. Der Kampf geht weiter und wird

von den Arbeitern mit allergrößter Brutalität geführt. Die Schiffer werden mit Polizeigewalt brutal aus ihren Wohnungen am Bord der Schiffe auf die Straßen gejagt und sind mit ihrer Habe obdachlos. Der Kampfwillen der Kameraden in der westdeutschen Kanalschiffahrt ist ungebrochen und wird durch die Unternehmerbrutalität noch gesteigert. Sie wollen den Kampf bis zum Sieg durchsetzen.

## „Neuer Streit im Block“

Unter obiger Überschrift berichtete gestern die Dresdner Volkszeitung über die Differenzen des Bürgerblocks über den § 20 des Reichsgerichtsgesetzes. Die Volkszeitung stellt, wie die gesamte sozialdemokratische und bürgerliche Presse, die Beurteilung auf eine Einigung über dieselben, die Simultanabstimmung betreffenden Paragraphen bei nicht möglich. Der Bürgerblock befindet sich wieder in einer Krise. Der Jubel über ein neues Hindernis, an dem der Bürgerblock wahrscheinlich in die Brüche gehen würde, war aber verfrüht. Heute wird bereits gemeldet, daß der internationale Auskunft der Bürgerblockparteien ein Kompromiß beschlossen hat, dergestalt, daß der Staatsgerichtshof entschieden soll, auf welche Länder der folgende, von der Deutschen Volkspartei eingebrachte Antrag zum § 20 des Schiedsspruches Anwendung finden soll. Dieser Antrag, den die Volkspartei natürlich nur gestellt hat, um ihren „Liberalismus“ gegenüber ihren Wahlern zu betonen, lautet:

„In den Gebieten des Reiches, in denen bisher eine nach Bekanntheit nicht getrennte Volksschule nach Gesetz oder Verordnung besteht, verbleibt es bei dem bisherigen Zustande.“

Dieser Antrag soll dazu dienen, die Simultanabstimmung dort, wo sie besteht, zu erhalten. Indem man die Entscheidung auf welche Länder dieser Antrag anzuwenden ist, dem Staatsgerichtshof überläßt, in von vornherein damit zu rechnen, daß die Entscheidung des letzteren nur in kulturrelativarem Sinne, d. h. den Zentrumsplänen entgegenkommt, fällt.

Mit dem Amt im Bürgerblock unter Spaltung der Regierungskoalition war es also wieder einmal nichts. Die Arbeiterschaft muß den außerparlamentarischen Kampf verstärken. Das Aufzubauen eines jeden kleinen Konflikts durch die SPD-Presse soll die Arbeiterschaft die tatsächliche Lage hinwegläufen und bedeutet nichts anderes, wie eine Unterstützung des Bürgerblocks.

## Um die Nachfolge Niedners

Während hier im Reichstag die Klassenjustiz warm verfeiert, bemüht sich der Reichsrat um einen Vorschlag für die Nachfolge von Niedner. Natürlich muß es ein Richter sein, der den Kurs nicht ändert. Verfolgung gegen die Kommunisten ist die Hauptsaite. Im Reichsrat wurde deswegen der bisherige zweite Senatspräsident Lorenz, ein Mann, der den Niedner-Kurs handelspräzis mitmachte, vorgeschlagen. Da sich aber auch um diesen Posten die Parteien räumen, wurde eine Entscheidung noch nicht gefällt.

Die Linksbürgerliche Presse, wie das Berliner Tageblatt, hatte sich belästigt verlaufen gelassen, gegen die Ernennung des Reichsgerichtspräsidenten Lorenz als Nachfolger Niedners zu protestieren, „da Lorenz die verderbliche Rechtsprechung Niedners auf dem Gebiete des Hoch- und Landesgerichts in allen Punkten mitgemacht hat“. Zur Befriedigung Niedners und des kommenden Lorenz ergreift jetzt der „demokratische“ Oberreichsanwalt Edermeier das Wort. Er lehnt sich für die Wahl von Lorenz ein und gibt seinen demokratischen Freunden und zugleich den Sozialdemokraten folgende Ohrfeige:

„In Wirklichkeit war Niedner weder nach der einen noch nach der anderen Richtung hin objektiv; er war weder ein „Kommunistenfeind“, noch ein „Schutzhund der Rechten“. Tak die meisten Urteile des Staatsgerichtshofes, der ursprünglich als Waffe gegen rechts gedacht war, sich gegen links richteten, war ein Treppenwurf der Weltgeschichte, aber nicht die Schuld Niedners. Wenn man ihn für die angeblich parteielle Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes — so war es niemals — verantwortlich machen will, so verzögert man jetzt, daß Niedner nicht Einzelrichter war, daß vielmehr neben ihm im STGH sehr „ausgesprochene Republikaner“ saßen, die sich aber ebenso wie er ihrer Richterplicht voll bewußt waren und von keinem von ihnen hat man jemals öffentlich oder im Privatgespräch den Vorwurf gehört, daß Niedner es an der erforderlichen Objektivität habe fehlen lassen.“

In Wirklichkeit war Niedner weder nach der einen noch nach der anderen Richtung hin objektiv; er war weder ein „Kommunistenfeind“, noch ein „Schutzhund der Rechten“. Tak die meisten Urteile des Staatsgerichtshofes, der ursprünglich als Waffe gegen rechts gedacht war, sich gegen links richteten, war ein Treppenwurf der Weltgeschichte, aber nicht die Schuld Niedners. Wenn man ihn für die angeblich parteielle Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes — so war es niemals — verantwortlich machen will, so verzögert man jetzt, daß Niedner nicht Einzelrichter war, daß vielmehr neben ihm im STGH sehr „ausgesprochene Republikaner“ saßen, die sich aber ebenso wie er ihrer Richterplicht voll bewußt waren und von keinem von ihnen hat man jemals öffentlich oder im Privatgespräch den Vorwurf gehört, daß Niedner es an der erforderlichen Objektivität habe fehlen lassen.“

## Milliardenengeschenk für die Großagrarier

Die Vorhabe der Großagrarier zur Erlangung von Milliardenengeschenken finden bei der Bürgerblöcke regung natürlich kaum Gegenentwürfe. Die bisherigen Erklärungen des Reichsnährungsministers Schiele, der zugleich im Namen der gesamten Bürgerblöcke regiert, haben die Unternehmensbereitschaft der „notleidenden“ Großagrarier deutlich zu erkennen gegeben. Mit der geistigen Stütze des Reichshausausbaugesetzes erläuterte der Abgeordnete Kling (Bauernbund), dem die Zuverlässigkeit der Bürgerblöcke regung noch zu gering schien, daß man nicht daran zu zögern braucht, große Strafmonstrationen zu organisieren, bei denen es auch zur Verhöhung von Finanzämtern kommen könnte, wenn dem Verlangen und den Forderungen der Großagrarier nicht voll Genüge geleistet werde. Der deutschnationale Landrat faßte sogar etwas die Revolution der Landwirte“.

Aus den weiteren Verhandlungen des Haushaltsausschusses war zu erkennen, daß die Bürgerblöcke regung draußen und drinnen Auslandsansprüche ungefähr in einer Höhe von einer Milliarde Mark aufzunehmen, um die riesige Summe als eine Art Landwirtschaft zur Unterstützung zu verwenden. Es ist klar, daß diese Riesensummen fast restlos in den Taschen der Großagraristischen Mitglieder des Reichslandbundes liegen werden währenddem die wirklich notleidenden Kleinbauern von diesen Gelden nichts zu leben bekommen.

Wenn es sich um kleine Landwirte handelt, dann zeigen die bürgerlichen Parteien ein anderes Gesicht. Das beweisen die geistigen Verhandlungen des ländlichen Reichsausschusses, die lobend Forderungen für Kleinbauern stehen, der Block von SPD bis zu den Deutschnationalen sich gegen jede Unterstützung wendet.

## Weder Anfang — noch Ende

„Das Ende“ — so überschreibt die linke Chemnitzer Volksstimme einen Artikel, in dem sie Stellung nimmt zu einem Rundschreiben des Bundesvorstandes des Reichsbanners über das Verhältnis zur Alten Sozialdemokratischen Partei. Die höchste Instanz des Reichsbanners hat endlich das Täuschungsmanöver zwischen sich und den Nationalsozialisten, deren Fahrt in das Lager des Feinds der Republik ein immer rascheres Tempo annahm. Es hat lange gedauert, bis diejenigen notwendige Weisung zustandekam. „Es hat allerdings lange gedauert, ehe der Schrei des Unwillens der Reichsbannerarbeiter das Ohr des schwerhörigen Hörsing erreichte. Und Hörsing hat nur mit einem Ohr gehört und gerade jetzt geantwortet, weil es ihm in den Kram passte. Wahlen stehen bevor. Der Friede mit den Reichsbürgern der NSP, die Populärschlüsse Erkenners durch Scheidemann sind angebracht, als Ergebnisabschluß „noch oben“ aber der „Mahl des Stimmrechts“ gegenüber braucht man radikale Geister. Und die sächsischen „Lindent“ gar wollen den Anschluß erwischen, als sei durch den Bundeswahl Hörsing eine neue Ära der Reichsbannerpolitik eröffnet. Es soll vergeben sein, daß die Altensozialisten die lieben Kinder des Parteivorstandes sind, daß zwischen den Scheidemann-Sampfer und den NSP-Nationalistischen praktisch kein Unterschied besteht. Sampfer kennt sich heute noch stolt zur Politik des 4. August 1914, Scheidemann nennt den Befehl Groeners im Januar 1912: „Ein Hundstot, wer treibt“ heute noch: „ein gutes Wort“. Warum wird dem kleinen Niedler als Sünde angerechnet, was den großen Scheidemann erlaubt ist? Eben weil Scheidemann so weiter Millionen Werkträger an die deutsche imperialistische Politik fesseln kann. Der Sozialstaatsismus der NSP ist das echte Kind der reformistischen Politik. Von dem Elternhaus auch den Reichsbannerarbeiter dämmert, beweist das Manöver Hörsings. Denn es handelt sich weder um einen „Anfang“, noch um ein „Ende“, sondern nur um ein Manöver Hörsings. Das werden die Reichsbannerarbeiter bald merken, wenn sie Hörsing ernst nehmen wollen. Hörsing hat das Täuschung zu den Altensozialisten keineswegs verhindern. Erstens haben die Altensozialisten die Offensive gehabt; sie sind zum Stahlhelm gekommen, obwohl ihre Partei noch offizielle Reichsbannerpartei war. Zweitens hat Hörsing gar nicht an Ausbildung als der „bewährte Führer“ der NSP. In dem Rundschreiben heißt es ausdrücklich: „Es muß deshalb geprüft werden, inwieweit Mitglieder der NSP sich heute noch als wirkliche Republikaner und Demokraten fühlen und bestätigen...“. Davon hängt es ab, ob sie ferner als Mitglieder im Reichsbanner anerkannt werden können. Wer bedauert außerordentlichlich, daß wir zu diesem Beschluss... gezwungen wurden. Keinerlei Fehler liegt uns fern. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß die Kameraden der NSP... dafür Sorge tragen, daß ihre Rückkehr zur Sozialdemokratischen Partei Deutschland so bald als möglich erfolgt.“ Also nicht Auslöser und „Ende“, sondern Rückkehr zur SPD! Die „linken“ Führer werden bald einsehen müssen, daß es nicht so leicht ist, Hörsing Nandoer zu bemächteln.

## Gegen den Roggenrentenwucher

Roggenrentenschulden im Reichsausschuß — Kampf um den Berichterstatter über das Polizeigesetz

Der Reichsausschuß des Sächsischen Landtags sollte gestern das Polizeibeamtengegesetz behandeln. Als Berichterstatter war vom vorstehenden Genosse Sievers bestimmt worden. Den Bürgerlichen, einschließlich der NSP, lagte aber der Berichterstatter nicht zu. Sie beriefen sich darauf, daß Genosse Sievers nichtständiger Ausschusssmitglied sei. Der vorstehende Genosse Renner, stellte sich auf den Standpunkt, daß die Julialösung eines nichtständigen Mitgliedes als Berichterstatter nach der Geschäftsausordnung zulässig sei. Er lehnte es ab, einen anderen Berichterstatter zu bestimmen. Die Beratung des Gesetzes wurde vertagt, der Verteilerausklatsch soll zu der Frage nun Stellung nehmen.

Neben der Behandlung einiger anderer Anträge stand ein kommunistischer Antrag über die Bewilligung von Darlehen für die Roggenrentenbank Schulden und die Verhinderung von Zwangsversteigerungen zur Beratung.

Ta der Antrag Maßnahmen für die kleinen und mittleren Bauern forderte, da er im Interesse der kleinen Bauern eingriff, in das Eigentum der Roggenrentenbeschleunigten fortsetzte, stellte die gesamte Front der Regierungsparteien geschlossen gegen diesen Antrag. Auch die SPD wendete sich gegen den Antrag. Ihr Vertreter, Schulze, erklärte, die Anträge seien unannehmbar, sie haben unabdingbare Folgen. Man müsse dann auch alle anderen in Not Geratenen unterstützen. Als von unserem Redner darauf hingewiesen wurde, daß wir es für eine sozialistische Aufgabe betrachten, daß alle in Not geratenen Wettläufigen zur Erhaltung ihrer Arbeitsmöglichkeit unterstützt werden müssen, wendete sich Schulze dagegen und erklärte, sie unterstützen die Bauern nicht, sie wollen die Arbeiter gewinnen. Der zweite Teil des kommunistischen Antrages riech sich logar gegen die jetzige Gelehrtschaftsordnung und forderte deren Beseitigung. Das ist aber unmöglich.

Die Hilfestellung der Sozialdemokraten für die bürgerlichen Parteien wurde von diesen freudig begrüßt. Den Deutschnationalen und den Demokraten waren die Anträge höchst unbekannt. Sie betraten sich nicht, Einstellung gegen die arbeitenden Bauern unterstützen. Die Anträge abgelehnt. Die Regierung erklärte, daß sie Maßnahmen ergreifen habe, um Zwangsversteigerungen zu verhindern. Die Roggenrentenbanken sollen die Zinsen für das tatsächlich erhaltene Kapital zahlen, die Differeps zum schärfen Zinsatz vorläufig die Regierung.

Bon Seiten der Reichsregierung sollen weitere Maßnahmen zur Beseitigung des jetzigen Zustandes gefordert werden.

Leere Versprechungen für die Mieter.

Einen breiteren Raum nahm auch die Beratung über einige Anträge zur Änderung der Verordnung über den Mieterzuschuß für Gewerberäume ein. Ein sozialdemokratischer Antrag ver-

langte, daß eine Kündigung nur erfolgen könne, wenn ein wirtschaftlicher Rücksichtiger Grund dafür vorliege. Ein anderer Antrag wollte die Wertgrenze, mit der die Aufhebung der Schuldbestimmungen einsetzt, herauslegen. Die Regierung erklärte, daß sie jetzt Material erhalten habe, aus dem zu erkennen sei, daß einige Vermieter außerordentlich hohe Mieten verlangen. Wenn ja, bei einer Nachprüfung des Materials dies als richtig erweise, dann werde die Regierung erwägen, die Verordnung erläut zu begrenzen, ke abzuändern oder ganz aufzuhoben. Diele Erklärung ist an sich noch absolut nichtslogisch. Die Verordnung bleibt bestehen, der Mieterzuschuß kann weitergehen. Schon vor Wochen war die Regierung auf die Wirkungen der Verordnung hingewiesen worden; damals erklärte sie, kein Material zu beobachten, jetzt hat sie Material, will aber noch prüfen und dann erwägen. Die Gewerberäummieter, die von den wirtschaftlichen Angriffen der Hausbesitzer angegriffen werden, werden hiermit aufgefordert, sich loszutrennen an die kommunistische Landtagsfraktion zu wenden.

Ein Antrag, der von der Reichsregierung eine Verlängerung des Mieterzuschusses fordert, wurde angenommen.

## Die SPD für die arbeitenden Bauern

Die kommunistische Fraktion stellte gestern im Reichsausschuß des Landtags folgenden Antrag:

1. Die Regierung zu erzählen:
- a) eine Verordnung zu erlassen, nach der alle Zwangsversteigerungen aus Anlaß der Roggenrentenschulden zu unterblieben haben;
- b) von jeder auf juristischer Grundlage angeordneten Zwangsversteigerung ist dem Wirtschaftsministerium Mitteilung zu geben, welches in Verbindung mit dem Arbeits- und Wohlfahrts-, sowie dem Finanzministerium Maßnahmen zur Verhinderung der Zwangsversteigerung durchzuführen hat;
- c) sofort Mittel bereitzustellen, um Zwangsmaßnahmen durch Zurverfügungstellung von Darlehen zu niedrigem Zinsatz zu verhindern;
- d) den mit Schulden der Roggenrentenbank belasteten bürgerlichen Betrieben, soweit diese dadurch in Notlage geraten sind und deren Preis von 20-25 000 RM nicht übersteigt, sofort Darlehen zu niedrigem Zinsatz zur Ablösung der Roggenrentenschulden zur Verfügung zu stellen.

2. Bei der Reichsregierung zu beantragen:
- a) für den Landkreisroggenrenten einen Zwangskauf in Höhe von 6 RM je Zollzähler;
- b) zu versüßen oder auf den Wege des Gesetzes zu bestimmen, daß die gezahlten Roggenrentenschulden — soweit sie 8 Prozent übersteigen — auf die Schuldsumme angerechnet werden;
- c) die nach dem Auswertungsgesetz dem entgegenstehenden Bestimmungen aufzuhoben.